

Projektmeldung | Tunesien | Beratung Öffentlicher Sektor

## Verbesserte wirtschaftliche Möglichkeiten für Jugendliche - Umstrukturierung

Beschäftigungsförderung von Jugendlichen

Finanzierungsbewilligung

26.06.2020

<b>Land:</b>	Tunesien
<b>Finanzierung:</b>	Weltbankgruppe (IBRD)
<b>Referenznummer:</b>	P158138
<b>Kategorie:</b>	Beratung Öffentlicher Sektor
<b>Träger:</b>	Ministry of Professional Training and Employment

Mit einem Darlehen in Höhe von 60 Mio. US-Dollar finanziert die Weltbank (IBRD) ein Vorhaben zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen in Tunesien. Ziel des Projekts ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen der Zielgruppe in ausgewählten Regionen, insbesondere durch die Steigerung des Einkommens, Möglichkeiten der selbstständigen Arbeit o.ä. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verringerung der Unterschiede auf diesem Gebiet zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen.

Im Kontext der Covid-19-Krise wurde das Projekt umstrukturiert und hat nun folgende Ziele: Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten für benachteiligte Jugendliche in ausgewählten Gouvernoraten sowie Unterstützung der Bemühungen des Landes, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Arbeitsplätze und Einkommensverluste zu mindern.

**Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen**

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

### **Mehr zu:**

Tunesien

Beratung Öffentlicher Sektor / Wirtschafts-, Außenwirtschaftsförderung / Beschäftigungsförderung / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Förderung benachteiligter Gruppen / Armutsbekämpfung / Berufliche Bildung / Bildungswesen, übergreifend  
Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.